

BACHELORSTUDIENGANG

Modulgruppen: Allgemeine Grundlagen des Verwaltungshandelns
Spezielle Grundlagen des Verwaltungshandelns

Module: Allgemeines Verwaltungsrecht
Verwaltungsvollstreckung
Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz

Allgemeines Verwaltungsrecht

mit Verwaltungsvollstreckung und verwaltungsgerichtlichem Rechtsschutz

Fachbuch
mit Übungen und Lösungen

15. vollständig überarbeitete Auflage

von
Thomas Rohde
Gernot Lustig
Arne Wöhler

Verlag Bernhardt-Witten · 58456 Witten

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Verlag: Bernhardt-Witten, Bruchstr. 33, 58456 Witten
☎ 02302-71713, Telefax 02302-77126
E-Mail: mail@bernhardt-witten.de
Internet: www.bernhardt-witten.de

Satz: Schreibservice Bernhardt, Witten

Druck: inprint druck und service, Erlangen

© 2018 by Verlag Bernhardt-Witten Verlag Bernhardt-Witten

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt.

Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung des Verlages in irgendeiner Form reproduziert (Nachdruck, Fotokopie oder ein anderes Verfahren) oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden, soweit nicht ausdrücklich gesetzlich erlaubt.

Im Falle der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt und Schadensersatz geltend gemacht.

Vorwort zur 15. Auflage

Die vorliegende 15. Auflage ist von Regierungsdirektor Dipl.-Finanzwirt (FH) Thomas Rohde - hauptamtlicher Dozent an der Verbundabteilung Münster der FHöV NRW -, Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Gernot Lustig - Ministerialrat im Niedersächsischen Justizministerium - sowie Regierungsdirektor Dr. Arne Wöhler - ebenfalls hauptamtlicher Dozent an der Verbundabteilung Münster der FHöV NRW - überarbeitet worden.

Die 15. Auflage des Buches stellt auf die Rechtslage Juni 2018 ab. Die Rechtsprechungs- und Literaturnachweise sind entsprechend überarbeitet und ergänzt worden. Die Entscheidungen sind im Internet unter den im Literaturverzeichnis angegebenen Adressen nachzulesen oder in den einschlägigen Online-Portalen zu finden.

Dieses Buch kann und soll weder die Lehrveranstaltungen ersetzen, noch das Selbststudium anhand der tiefer gehenden einschlägigen Fachliteratur. Es soll lediglich dem Studierenden die Orientierung erleichtern und Arbeitshilfe für das Selbststudium sein. Die Darstellungen der Rechtslage entspricht im Wesentlichen der in NRW, um die Module „Allgemeines Verwaltungsrecht“, „Verwaltungsvollstreckung“ und „Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz“ der Bachelorstudiengänge Kommunalen und Staatlicher Verwaltungsdienst an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes NRW abzudecken. Für den Erfolg des Studiums ist es unabdingbar, dass die in dem Lehrbuch angegebenen Rechtsvorschriften nachgelesen werden. Für das Studium, aber auch für die tägliche Arbeit ist es ferner wichtig, dass ein Grundverständnis für die Systematik des jeweiligen Rechtsgebietes erworben wird. Dieses soll mit Hilfe des Buchs erleichtert werden.

Soweit im Text des Buches Begriffe verwendet werden, die in männlicher und weiblicher Form vorkommen, ist - zur Erhaltung der Lesbarkeit - mit der Nennung der männlichen Form jeweils auch die weibliche Form gemeint.

Ein herzlicher Dank der Autoren richtet sich an Prof. a.D. Dr. Rolf Theisen, der das Buch begründet hat und damit in dreizehn Auflagen das Verwaltungsrecht leichter zugänglich gemacht hat. Auch in der vorliegenden Auflage wurden seine Anmerkungen verarbeitet.

Nach wie vor sind die Autoren dankbar für Kritik und Hinweise. Sie erreichen diese per E-Mail unter thomas.rohde@fhoev.nrw.de, gernot.lustig@mj.niedersachsen.de und arne.woehler@fhoev.nrw.de oder über den Verlag per E-Mail unter mail@bernhardt-witten.de.

Münster und Celle, im Juli 2018

Thomas Rohde

Gernot Lustig

Dr. Arne Wöhler

Zu den Verfassern

Thomas Rohde studierte ab 1995 an der Fachhochschule für Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen in Nordkirchen und schloss 1998 als Diplom-Finanzwirt (FH) das Studium ab. Nach einer kurzen Zeit als Steuerinspektor z. A. im Dienste der Landesfinanzverwaltung NRW studierte er Rechtswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster von 1998 bis 2003. Nach dem Referendariat im Landgerichtsbezirk Münster von 2003 bis 2005 arbeitete er zuletzt als Städtischer Rat im Fachbereich Recht der Stadt Osnabrück, wo er unter anderem für das Steuer- und Gebührenrecht sowie die Rechtsbelange des Fachbereichs Bürger und Ordnung, der Feuerwehr und des Fachbereichs Umwelt zuständig war. In 2011 wurde er auf eigenen Wunsch zur FHöV NRW versetzt und lehrt seitdem als hauptamtlicher Dozent die Fächer Allgemeines Verwaltungsrecht, Vollstreckungsrecht und Gewerberecht.

Thomas Rohde bearbeitet die Kapitel 3, 7 und 9.

Gernot Lustig studierte ab 1992 Verwaltungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Sozialrecht in Berlin und Bochum. 1995 schloss er das Studium als Diplom-Verwaltungswirt (FH) ab und arbeitete anschließend bis 2003 bei der Bundesknappschaft (heute: Knappschaft-Bahn-See) im Bereich der Rentenversicherung. Von 1998 bis 2003 studierte er an der Ruhr-Universität Bochum Rechtswissenschaften. Nach dem Referendariat von 2003 bis 2005 erfolgte im August 2005 die Ernennung zum Richter in den Dienst des Landes Niedersachsen und die Zuweisung an das Sozialgericht Osnabrück. 2008 wurde er zum Richter am Sozialgericht ernannt und von 2009 bis 2011 an das Niedersächsische Justizministerium abgeordnet. 2011 erfolgte die Abordnung an das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen und in 2012 die Ernennung zum Richter am Landessozialgericht. Dort bearbeitete er bis 2017 das Recht der gesetzlichen Unfallversicherung, der Grundsicherung für Arbeitsuchenden sowie das Schwerbehindertenrecht und war in der Gerichtsverwaltung tätig. Seit 2017 leitet er das Referat für Organisation, Bau und Sicherheit im Niedersächsischen Justizministerium. Zudem ist er als Lehrbeauftragter der Norddeutschen Hochschule für Rechtspflege in Hildesheim tätig.

Gernot Lustig bearbeitet die Kapitel 1, 5, 6 und 8.

Dr. Arne Wöhler studierte von 2001 bis 2006 Rechtswissenschaften an der Universität Osnabrück. Nach dem anschließenden Referendariat arbeitete er zunächst am Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Osnabrück und in der Rechtsabteilung des Landkreises Osnabrück. In dieser Zeit promovierte er mit einer Arbeit über die Abschaffung des Vorverfahrens, die im Jahr 2011 von der Universität Osnabrück als Dissertation angenommen wurde, zum Dr. iur. In den Jahren 2010 bis 2013 arbeitete er für das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport. Hier wurde er im Landespräsidium für Polizei, Brand- und Katastrophenschutz als Referent für Waffenrecht und länderübergreifende Polizeiabkommen eingesetzt. Zudem war er jeweils für einen längeren Zeitraum an die Niedersächsische Staatskanzlei und das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur abgeordnet. Im August 2013 wurde er auf eigenen Wunsch an die FHöV NRW versetzt. Dort lehrt er seither als hauptamtlicher Dozent die Fächer Allgemeines Verwaltungsrecht und Polizei- und Ordnungsrecht.

Dr. Arne Wöhler bearbeitet die Kapitel 2 und 4.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Zu den Verfassern	IV
Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XX
Nützliche Internetadressen	XXII
Kapitel 1 - Aufbau der Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltung	1
A. Verwaltung im Staatsgefüge	1
B. Der Begriff der Verwaltung	3
I. Einführung	3
II. Öffentliche Verwaltung im organisatorischen Sinne	3
III. Öffentliche Verwaltung im materiellen Sinne.....	4
IV. Öffentliche Verwaltung im formellen Sinne.....	4
V. Arten öffentlicher Verwaltung	4
1. Ordnungsverwaltung	5
2. Leistungsverwaltung	6
3. Fiskalverwaltung	7
4. Zwei-Stufen-Theorie	8
VI. Adressat öffentlicher Verwaltung	9
C. Arten der Staatsverwaltung	10
I. Einführung	10
II. Unmittelbare Staatsverwaltung	11
1. Bundesverwaltung	12
2. Landesverwaltung	13
a) Einführung.....	13
b) Organleihe	14
c) Einrichtungen des Landes und Landesbetriebe.....	15
3. Organisationsformen von Verwaltungsträgern	16
a) Körperschaft des öffentlichen Rechts	16
b) Anstalt des öffentlichen Rechts	18
c) Stiftung des öffentlichen Rechts	20
d) Überblick	21
III. Mittelbare Staatsverwaltung	22
1. Kommunalverwaltung	22
a) Einführung.....	22
b) Aufgaben der Kommunalverwaltung	22
2. Beliehener und Verwaltungshelfer	23
a) Beliehener	23
b) Verwaltungshelfer	27
D. Organisationsaufbau eines Verwaltungsträgers	28
E. Aufsicht der Landesverwaltung	31
I. Unmittelbare Landesverwaltung	32
II. Mittelbare Landesverwaltung.....	32

Kapitel 2 - Handlungsformen der Verwaltung	35
A. Öffentlich-rechtliches und zivilrechtliches Verwaltungshandeln	35
I. Abgrenzungstheorien	35
II. Sonderprobleme	36
1. Zwei-Stufen-Theorie	36
2. Hausverbote	37
3. Beliehene	37
B. Öffentlich-rechtliches Verwaltungshandeln	38
I. Verwaltungsakt	38
1. Begriff und Funktionen des Verwaltungsaktes	38
2. Arten von Verwaltungsakten	39
a) Belastende und begünstigende Verwaltungsakte	39
b) Feststellende Verwaltungsakte	39
c) Dingliche Verwaltungsakte	40
d) Verwaltungsakte mit Doppelwirkung	40
e) Mehrstufige und mitwirkungsbedürftige Verwaltungsakte	40
f) Verwaltungsakte mit Dauerwirkung	41
g) „Neutrale“ Verwaltungsakte	41
3. Merkmale des Verwaltungsaktes nach § 35 S. 1 VwVfG	42
a) Hoheitliche Maßnahme	42
b) Behörde	43
c) Öffentliches Recht	43
d) Regelung	44
e) Einzelfall	44
f) Unmittelbare Rechtswirkung nach außen	45
4. Allgemeinverfügungen nach § 35 S. 2 VwVfG	46
a) Adressatenbezogene Allgemeinverfügungen (§ 35 S. 2 1. Alternative VwVfG) ..	47
b) Sachbezogene Allgemeinverfügungen (§ 35 S. 2 2. Alternative VwVfG)	47
c) Benutzungsregelnde Allgemeinverfügungen (§ 35 S. 2 3. Alternative VwVfG) ..	48
II. Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten	49
1. Die allgemeine Zulässigkeit von Nebenbestimmungen	49
2. Die Regelungen § 36 Abs. 1 und Abs. 2 VwVfG	50
3. Die einzelnen Nebenbestimmungen	51
a) Unselbständige Nebenbestimmungen	52
aa) Befristung	52
bb) Bedingung	52
cc) Widerrufsvorbehalt	53
b) Selbständige Nebenbestimmungen	53
aa) Auflage	54
bb) Auflagenvorbehalt	54
c) Sonderproblem: Die Abgrenzung von Bedingung und Auflage	54
d) Die Regelung des § 36 Abs. 3 VwVfG	55
III. Zusicherung	55
1. Rechtsnatur	56
2. Abgrenzung zu ähnlichen Handlungsformen	56
3. Rechtscharakter	56
4. Wirksamkeitsvoraussetzungen	57
5. Prüfungsaufbau	58
IV. Öffentlich-rechtlicher Vertrag	58
1. Begriff und Merkmale des öffentlich-rechtlichen Vertrages	59
a) Rechtsverhältnis	59
b) Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts	59

2.	Allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen	61
3.	Koordinationsrechtliche öffentlich-rechtliche Verträge	62
4.	Subordinationsrechtliche öffentlich-rechtliche Verträge	63
5.	Durchsetzung öffentlich-rechtlicher Verträge	65
6.	Haftung aus öffentlich-rechtlichem Vertrag	66
7.	Prüfungsaufbau	66
V.	Realakt/Realhandeln	67
VI.	Rechtsverordnung und Satzung	68
VII.	Verwaltungsvorschriften	69
C.	Zivilrechtliches Verwaltungshandeln	70
D.	Verwaltungsprivatrecht	70

Kapitel 3 - Zustandekommen eines Verwaltungsakts und materielle Rechtmäßigkeitsanforderungen

A.	Zustandekommen des Verwaltungsakts	72
I.	Existenz eines Verwaltungsakts	72
II.	Bekanntgabe eines Verwaltungsakts	74
1.	Innere und äußere Wirksamkeit	74
2.	Arten der Bekanntgabe	76
a)	Überblick über die Bekanntgabehandlungen	76
b)	Bekanntgabefiktion	78
c)	Zustellung	81
d)	Öffentliche Bekanntgabe	88
III.	Wirksamkeit des Verwaltungsakts	88
IV.	Bestandskraft eines Verwaltungsakts	90
1.	Unanfechtbarkeit	90
2.	Bindungswirkung	92
3.	Rechtsnachfolge	93
B.	Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen des Verwaltungsakts	95
I.	Ermächtigungsgrundlage	96
II.	Formelle Rechtmäßigkeit	96
1.	Zuständigkeit der Behörde	97
a)	Verbandskompetenz	97
b)	Sachliche und instanzielle Zuständigkeit	99
c)	Örtliche Zuständigkeit	102
d)	Zuständigkeit in besonderen Fällen	103
2.	Einhaltung des Verfahrens	105
a)	Geltungsbereich des VwVfG	105
b)	Besondere Verfahrensarten	107
aa)	Förmliches Verwaltungsverfahren	107
bb)	Verfahren über eine einheitliche Stelle	108
cc)	Planfeststellungsverfahren	111
c)	Untersuchungsgrundsatz	113
aa)	Beginn des Verfahrens	114
bb)	Ermittlung des Sachverhalts	115
d)	Beratung und Auskunft	117
e)	Mitwirkung anderer Behörden	118
f)	Ausgeschlossene Personen und Befangenheit	120
aa)	Ausschlussstatbestände	120
bb)	Besorgnis der Befangenheit	122

cc) Übungsfälle zu §§ 20, 21 VwVfG	123
g) Anhörung	125
h) Akteneinsicht	129
i) Datenschutz	131
j) Verfahrensbeteiligte	136
aa) Beteiligtenfähigkeit	137
bb) Handlungsfähigkeit	140
cc) Rechtsstellung der Beteiligten	141
dd) Bevollmächtigte	142
3. Einhaltung der Formvorschriften	145
a) Formvorschriften aus dem Fachrecht	146
b) Begründung	146
III. Materielle Rechtmäßigkeit des Verwaltungsakts	147
1. Tatbestandsmerkmale der Ermächtigungsgrundlage	148
a) Unbestimmte Rechtsbegriffe im Tatbestand	148
aa) Auslegung nach dem Wortlaut	150
bb) Systematische Auslegung	151
cc) Historische Auslegung	151
dd) Teleologische Auslegung	152
b) Beurteilungsspielraum der Behörde	152
2. Rechtsfolgen der Norm	154
a) Ermessen	155
aa) Formen des Ermessens	158
bb) Intendiertes Ermessen	158
cc) Ermessensreduktion auf Null	160
dd) Ermessensfehler	161
(1) Ermessensüberschreitung	161
(2) Ermessensnichtgebrauch	162
(3) Ermessensfehlgebrauch	162
b) Gebundene Entscheidung	164
c) Verhältnismäßigkeit	164
aa) Legitimer Zweck	166
bb) Geeignetheit	166
cc) Erforderlichkeit	167
dd) Angemessenheit	167
C. Fehler- und Fehlerfolgenlehre	168
I. Formelle und materielle Fehlerhaftigkeit	169
II. Nichtigkeit	170
1. Evidenzunabhängige Nichtigkeit	170
2. Privilegierte Fehler	172
3. Generalklausel der Nichtigkeit	172
III. Rechtsfolgen bei privilegierten Fehlern	174
1. Berichtigung nach § 42 VwVfG	175
2. Heilung nach § 45 VwVfG	178
a) Nachholung der Anhörung	178
b) Nachschieben von Gründen	179
c) Nachschieben von Ermessensabwägungen	182
3. Unbeachtlichkeit i.S.v. § 46 VwVfG	184
4. Umdeutung (Konversion) von Verwaltungsakten	185
D. Prüfungsschema: Rechtmäßigkeit eines Verwaltungsaktes	188
E Übung	190

Kapitel 4 - Kontrollmechanismen	195
A. Rücknahme, Widerruf und Wiederaufgreifen des Verfahrens	195
I. Allgemeines	195
II. Rücknahme von Verwaltungsakten	196
1. Rücknahme belastender Verwaltungsakte	196
2. Rücknahme begünstigender Verwaltungsakte über eine Geldleistung oder teilbare Sachleistung	197
3. Rücknahme rechtswidriger, begünstigender Verwaltungsakte über keine Geldleistung oder teilbare Sachleistung	202
III. Widerruf von Verwaltungsakten	203
1. Widerruf rechtmäßiger, nicht begünstigender Verwaltungsakte	204
2. Widerruf rechtmäßiger, begünstigender Verwaltungsakte	204
3. Widerruf rechtmäßiger, begünstigender Verwaltungsakte über eine Geldleistung Oder teilbare Sachleistung	206
IV. Prüfungshinweise	207
V. Besondere Modifizierungen des Vertrauensschutzes	209
1. Die Regelung des § 50 VwVfG	209
2. Europarechtliche Vorgaben	210
VI. Erstattung und Verzinsung	211
VII. Wiederaufgreifen des Verfahrens	212
B. Das Vorverfahren der §§ 68 ff. VwGO	215
I. Allgemeines	215
II. Begriff und Funktionen des Vorverfahrens	215
III. Ablauf des Vorverfahrens	216
IV. Inhalt eines Widerspruchsbescheids	218
V. Die Prüfung der Erfolgsaussichten eines Widerspruchs	219
1. Auslegung des Begehrens	219
2. Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	220
3. Zulässigkeit des Widerspruchs	220
a) Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs	220
b) Statthaftigkeit des Widerspruchs	220
c) Widerspruchsbefugnis	221
d) Form	223
e) Frist	224
f) Weitere Zulässigkeitsvoraussetzungen	224
4. Begründetheit eines Widerspruchs	225
a) Anfechtungswiderspruch	225
b) Verpflichtungswiderspruch	225
VI. Entscheidungskompetenzen der Widerspruchsbehörde	225
VII. Kostenentscheidung	226
VIII. Sonderproblem: reformatio in peius	227
IX. Prüfungsaufbau	229

Kapitel 5 - Europarecht	230
A. EU und EU-Recht	230
I. Entwicklung der EU	230
II. EU-Recht	231
III. Kollisionsregeln	232
B. Bedeutung des EU-Rechts für die Verwaltungspraxis	235
I. EU-Recht und kommunales Verfassungsrecht	235
1. Subsidiaritätsprinzip (Art. 5 Abs. 3 EUV)	235
2. Ausschuss der Regionen (Art. 305 – 207 AEUV).....	236
3. Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung	236
4. Kommunalwahlrecht von Unionsbürgern	237
II. EU-Recht und Fachverwaltung	237
1. Europäische Grundrechtscharta	237
2. Personalverwaltung	238
3. Umweltschutz	238
4. Staatliche Beihilfen.....	239
5. Vergaberecht.....	240
6. Einführung des EURO (€)	241
7. Aufhebung von Verwaltungsakten (§§ 48 ff VwVfG)	241
8. Neues Verwaltungsverfahrenrecht.....	242
C. Fallübungen	243
I. Einführung	243
II. Zum Beihilfeverbot	245
III. Zum „Lasertom“-Fall.....	246
IV. Auszug aus dem Vertrag über die Europäische Union	247
V. Auszug aus dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.....	247
VI. Fälle und Lösungen	249
Kapitel 6 - Staatshaftung	259
A. Einführung	259
B. Entwicklung der Staatshaftung	260
C. Amtshaftung nach Art. 34 GG i.V.m. § 839 BGB	261
I. Einführung	261
II. Voraussetzungen	262
1. Öffentliches Amt	262
2. In Ausübung des öffentlichen Amtes	265
3. Verletzung einer Amtspflicht	265
4. Amtspflicht gegenüber dem Geschädigten.....	266
5. Verschulden.....	268
6. Schaden	269
7. Kausalität zwischen Amtspflichtverletzung und Schaden.....	269
8. Keine Haftungsbegrenzung	270
a) § 839 Abs. 3 BGB.....	270
b) § 839 Abs. 2 BGB.....	270
c) § 839 Abs. 1 Satz 2 BGB	271
9. Keine Verjährung	271
III. Rechtsfolge.....	272
IV. Regress	273

V. Prüfungsschema	274
VI. Prozessuale Besonderheiten.....	275
D. Folgenbeseitigungsanspruch	275
E. Enteignungsentschädigung und Aufopferungsanspruch	277
F. Fallübungen.....	279
Kapitel 7 - Verwaltungsvollstreckung	287
A. Überblick über die Vollstreckung nach dem VwVG BRW	287
B. Verwaltungsvollstreckung wegen Geldforderungen	291
I. Voraussetzungen für die Vollstreckung einer Geldforderung	292
1. Vollstreckbarkeit des Leistungsbescheides	293
2. Ablauf einer Vollstreckung wegen einer Geldforderung	295
3. Einwendungen des Schuldners	296
II. Vollstreckung in bewegliche Sachen.....	297
III. Vollstreckung in Geldforderungen	297
IV. Vollstreckung in unbewegliches Vermögen	298
C. Der Verwaltungszwang	299
I. Mittel des Verwaltungszwangs.....	300
1. Die Ersatzvornahme	301
2. Das Zwangsgeld	302
3. Der unmittelbare Zwang	305
II. Das gestreckte Verfahren des Verwaltungszwangs	306
1. Zulässigkeit des Verwaltungszwangs.....	308
2. Ablauf und Rechtmäßigkeit des gestreckten Verfahrens.....	309
a) Androhung.....	310
b) Festsetzung	313
c) Anwendung.....	314
3. Anordnung der sofortigen Vollziehung	315
III. Der Sofortvollzug	317
1. Zulässigkeit des Sofortbezuges	317
2. Zwangsmittel im Sofortvollzug.....	319
IV. Besonderheiten bei den Rechtsbehelfen	320
D. Kosten des Verwaltungszwangs.....	322
E. Übungen.....	330
Kapitel 8 - Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz	334
A. Hauptsacheverfahren	334
I. Rechtsschutz durch Gerichte	334
II. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	335
III. Differenzierung zwischen Zulässigkeit und Begründetheit.....	336
IV. Zulässigkeit der Klage	336
1. Einführung	336
2. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	337
3. Anfechtungsklage.....	340
a) Statthaftigkeit der Anfechtungsklage	340
b) Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	341
aa) Klagebefugnis	341
bb) Vorverfahren	342

cc) Klagefrist	342
dd) Beklagter	343
c) Prüfschema	344
4. Verpflichtungsklage	344
a) Statthaftigkeit der Verpflichtungsklage	344
b) Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	345
c) Prüfschema	345
5. Untätigkeitsklage	345
6. Feststellungsklage	346
a) Statthaftigkeit der Feststellungsklage	346
b) Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	348
aa) Klagebefugnis	348
bb) In der Regel kein Vorverfahren	348
cc) In der Regel keine Klagefrist	348
dd) Feststellungsinteresse	349
c) Prüfschema	349
7. Fortsetzungsfeststellungsklage	350
a) Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage	350
b) Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	351
c) Prüfschema	353
d) Feststellung der Erledigung	353
8. Allgemeine Leistungsklage	354
a) Statthaftigkeit der allgemeinen Leistungsklage	354
b) Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	355
aa) Klagebefugnis	355
bb) In der Regel kein Vorverfahren	356
cc) In der Regel keine Klagefrist	356
c) Prüfschema	356
9. Abstrakte Normenkontrolle	357
a) Statthaftigkeit der abstrakten Normenkontrolle	357
b) Besondere Sachurteilsvoraussetzungen	358
aa) Antragsbefugnis	358
bb) Antragsfrist	359
cc) Antragsgegner	359
c) Hauptanwendungsbereich: Bebauungsplan	359
d) Prüfschema	360
10. Allgemeine Sachurteilsvoraussetzungen	361
a) Einführung	361
c) Ordnungsgemäße Klageerhebung	362
d) Beteiligtenfähigkeit	362
e) Prozessfähigkeit	364
f) Postulationsfähigkeit	364
g) Keine rechtskräftige Vorentscheidung oder anderweitige Rechtshängigkeit	365
h) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	365
V. Begründetheit der Klage	367
1. Prüfungsmaßstab	367
a) Anfechtungsklage	367
b) Verpflichtungsklage	367
c) Untätigkeitsklage	368
d) Feststellungsklage	368
e) Fortsetzungsfeststellungsklage	368
f) Allgemeine Leistungsklage	368
g) Abstrakte Normenkontrolle	369

2. Entscheidungserheblicher Zeitpunkt	369
VI. Beendigung des Klageverfahrens	370
VII. Rechtsmittel im Hauptsacheverfahren	370
VIII. Fallübungen zum Hauptsacheverfahren	372
B. Vorläufiger Rechtsschutz	379
I. Einführung	379
II. Zulässigkeit des Antrags auf vorläufigen Rechtsschutz	380
1. Vorläufiger Rechtsschutz nach §§ 80, 80a VwGO	380
a) Einführung	380
b) Vorläufiger Rechtsschutz des Adressaten des belastenden Verwaltungsaktes nach § 80 Abs. 5 VwGO	382
aa) Einführung	382
bb) Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	383
cc) Statthaftigkeit des Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO	383
dd) Antragsbefugnis	385
ee) Antragsgegner	385
ff) Antragsfrist	385
gg) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	385
hh) Prüfungsschema	386
c) Vorläufiger Rechtsschutz gegen belastenden Verwaltungsakt durch einen Dritten nach § 80a VwGO	386
aa) Einführung	386
bb) Begünstigender Verwaltungsakt mit Drittbelastung	387
cc) Belastender Verwaltungsakt mit Drittbegünstigung	388
2. Vorläufiger Rechtsschutz nach § 123 VwGO	390
a) Einführung	390
b) Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	392
c) Statthaftigkeit des Antrags nach § 123 Abs. 1 VwGO	392
d) Antragsbefugnis	393
e) Antragsgegner	393
f) Antragsfrist	393
g) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	393
h) Prüfschema	394
3. Allgemeine Sachurteilsvoraussetzungen	394
III. Begründetheit des Antrags auf vorläufigen Rechtsschutz	394
1. Antrag nach § 80, 80a VwGO	394
a) Einführung	394
b) Anordnung der aufschiebenden Wirkung (§ 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 bis 3 VwGO)	395
aa) Interessenabwägung nach den Erfolgsaussichten in der Hauptsache	395
bb) Sonstige Interessenabwägung	395
cc) Prüfschema	396
c) Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung (§ 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO)	396
aa) Formelle Rechtmäßigkeit der Vollziehungsanordnung	396
bb) Interessenabwägung nach den Erfolgsaussichten in der Hauptsache	398
cc) Sonstige Interessenabwägung	398
dd) Prüfschema	398
2. Antrag nach § 123 VwGO	398
a) Einführung	398
b) Anordnungsanspruch	398
c) Anordnungsgrund	399

d) Rechtsfolge	399
e) Prüfschema	401
IV. Rechtsbehelfe in Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes	401
V. Fallübung zum vorläufigen Rechtsschutz	402
Kapitel 9 - Übungen zu Bescheiden.....	406
A. Anfertigung einer Ordnungsverfügung	406
B. Anfertigung eines Widerspruchbescheides.....	415
Stichwortverzeichnis	419